

mittendrin

Ausgabe 04 / 2014 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Berlin wird schlecht regiert

Die Linke setzt auf nachhaltige, solidarische, ökologische Entwicklung

Berlin entwickelt sich prächtig. Die Einwohnerzahlen steigen, ebenso die Zahl der Erwerbstätigen.

Statt der früheren Milliardenlöcher weist der Landeshaushalt nun Überschüsse aus. Doch der Schein trügt. Berlin wird schlecht regiert. Noch zehrt die Stadt von der erfolgreichen Politik der Vergangenheit. Aber auf vielen Gebieten droht diese Entwicklung abzureißen, weil Wovereits SPD und Henkels CDU sich damit begnügen, die Stadt mit zweifelhaften Betonprojekten zu überziehen, bei denen dann auch noch regelmäßig die Kosten explodieren. Anderes dagegen bleibt liegen, wie zum Beispiel eine aktive Regional- und Strukturpolitik.

Wir LINKE werden am 5. April auf unserem Landesparteitag über „Berlin in Europa und der Region“ diskutieren. Berlin ist Zentrum Ostdeutschlands, aber auch

europäische Metropole, Zuwanderungsstadt und permanent im Umbruch. Aber auch bedrohliche Entwicklungstendenzen verzeichnen wir: soziale Spaltung, Ausgrenzung und Erwerbslosigkeit, Verdrängung aus den Kiezen. Wir wollen das Erstere gestalten und uns mit Letzterem nicht abfinden.

Zuwanderung ist in Berlin längst Normalität. Aber Verwaltung und Infrastruktur sind darauf immer noch nicht eingestellt. Berlin und Brandenburg sind Zentrum von Forschung und Lehre – aber die damit verbundenen Chancen werden nicht genutzt. Berlin entwickelt wieder eine industrielle Basis, seit Harald Wolf (LINKE) das politisch angestoßen hat. Aber das wird nicht mehr gezielt gefördert. Berlin



Foto: J.M.

DIE LINKE mittendrin in der Metropole Berlin

ist Dienstleistungsmetropole, aber dort herrscht prekäre Beschäftigung und Dumping. Berlin wächst über seine Grenzen. Aber die herrschende Stadtpolitik schließt die Augen vor den damit verbundenen Problemen.

Für uns heißt ein zukunftsfähiges Berlin in Europa und der Region, dass wir in Kooperation mit Brandenburg und Polen soziale und ökologische Umbauprozesse

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Wohnungen sollen doch vor allem bewohnt werden!

Vor zwölf Jahren wurde das Verbot aufgehoben, Wohnungen für andere Zwecke zu nutzen, z.B. für Büros, Praxen oder Ferienwohnungen. Ab 1. Mai gilt dieses Gesetz wieder. Elke Reuter sagt, die Rückführung der Wohnungen muss auch praktisch gesichert sein.

Fortsetzung auf Seite 2 ▷

Im „Moabiter Theater-spektakel“ wird schon geprobt

Auf der Bühne Amateure, die tagsüber sehr prosaische Berufe haben. Annette Kraß, 47, ist die vielseitige Chefin des Theaters, das sich seit sechs Jahren vom erschwinglichen Eintrittsgeld finanziert. Matthias Herold schaute mal hinter die Kulissen.

Fortsetzung auf Seite 4 ▷

Freihandelsabkommen EU-USA – was geht uns das an?

Jedenfalls mehr, als die meisten ahnen. Die „Experten“ beider Seiten wissen, warum sie seit Monaten hinter sorgsam verschlossenen Türen verhandeln. Manuela Kropp weiß es auch. Die Europawahl bietet eine Chance, notwendige Veränderungen zu erreichen.

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ Weitersagen +++ weitersagen +++

Basistreffen in Mitte – mit Jan Korte, MdB

am Dienstag, 8. April, 19 Uhr im Rosa-Luxemburg-Saal des Karl-Liebknecht-Hauses (Kleine Alexanderstraße 28)

Vorstellung seines Buches:

„GEH DOCH RÜBER! Feinste Beobachtungen aus Ost und West“

siehe auch S.3

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 24009-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Aus der BVV

Gesetz wirkungslos?

Wohnraum soll in Berlin nicht mehr zweckentfremdet genutzt werden. Das Verbot tritt per Gesetz am 1. Mai 2014 in Kraft.

Dem Unwesen, dass immer mehr Wohnungen als Ferienwohnungen vermietet werden, soll endlich Einhalt geboten werden. Vor 12 Jahren war durch Gerichtsverfahren das damalige Zweckentfremdungsgesetz aufgehoben worden. Die Ergebnisse dieser Fehlentwicklung sind besonders in der Innenstadt sichtbar. Wie viele Wohnungen zweckentfremdet genutzt werden, wissen die Bezirksämter nicht. Die schwarz-rote Regierung hofft, dass durch das neue Gesetz innerhalb von zwei Jahren 8.000 bis 12.000 Wohnungen wieder auf den Wohnungsmarkt zurückfließen.

Ab 1. Mai muss nun jede Zweckentfremdung von Wohnraum, seien es Praxen, Büros, Kanzleien oder Ferienwohnungen, dem zuständigen Bezirksamt innerhalb von drei Monaten angezeigt werden. Bestehende Zweckentfremdung hat noch eine Übergangsfrist von zwei Jahren. Auf die Bezirksämter kommt eine immense zusätzliche Aufgabe zu. Personal steht in den Bezirken dafür nicht zur Verfügung, die Wohnungsämter wurden seit Aufhebung der Zweckentfremdung vor 12 Jahren stark reduziert. Nun sollen den Bezirken bis Ende 2015 17 befristete Stellen im gehobenen

Dienst zur Verfügung gestellt werden. Damit werden sich nicht einmal 10 Prozent des Personals um die Durchsetzung des Verbots



kümmern, verglichen mit dem Jahr 2002, in dem das Phänomen der Ferienwohnungen noch kaum bekannt war, heißt es in einer Presseerklärung der Bezirke. Selbst wenn nunmehr die Personalmittel durch die Senatsfinanzverwaltung zur Verfügung stehen, bleibt offen, wie bis zum 1. Mai arbeitsfähiges Personal vorhanden sein soll. Die Stellenbesetzung braucht wegen der unterschiedlichen Vorschriften Monate, Sachmittel für Räume und Büroausstattung werden nicht gewährt, Ausführungsvorschriften oder Verfahrenshinweise zur praktischen Umsetzung des Zweckentfremdungsverbots fehlen. Sieben Wochen vor Inkrafttreten des Verbots ist das ein verheerender Zustand.

Genau auf diese unhaltbare Situation zielte die Anfrage unserer Fraktion. Wir wollten wissen, wie die Umsetzung in Mitte erfolgen soll und ob das Bezirksamt befürchtet, dass durch eine nicht fristgerechte Bearbeitung von Anträgen zur Zweckentfremdung von Wohnraum, letztlich die nicht legale Nutzung legalisiert werden könnte. Denn Ausnahmegenehmigungen gelten als erteilt, wenn das Bezirksamt nicht innerhalb von 14 Wochen entscheidet. Diese „Genehmigungsfiktion“ kommt in zwei Jahren, wenn die Übergangsfrist für Ferienwohnungen ausläuft. Bei fehlendem Personal könnten viele Genehmigungsfiktionen entstehen.

Wieder einmal kam unsere Anfrage - obwohl an erster Stelle platziert - wegen abgelaufener Zeit nicht zur Beantwortung. Aber auch so ist klar: wenn der Senat weiterhin die Hilferufe aus den Bezirksämtern ignoriert, ist das Gesetz ein zahnlöser Tiger und bereits gescheitert, bevor es in Kraft tritt.

Elke Reuter

Ergebnisse der BVV

► *Beschlossen u.a.*

Für die Linksfraktion wurden als sachkundige Bürger (Bürgerdeputierte) in die Fachausschüsse der BVV gewählt (Drs. 1352/IV)

- für Bildung, Kultur und Umweltschutz: Jana Mattuschka, Jg. 1981;
- für Integration: Ulas Tekin, Jg. 1981.
- Als stellvertretende Bürgerdeputierte wurden gewählt (Drs. 1348/IV)
- für Schule: Franziska Thieme, Jg. 1983;
- für Transparenz und Bürgerbeteiligung: Steffen Aumüller, Jg. 1985;
- für Sport: Christian Torenz, Jg. 1987;
- für Stadtentwicklung, Sanieren, Bauen und Bebauungspläne: Katharina Mayer, Jg. 1991;
- für den Hauptausschuss: Katja Beier, Jg. 1978.

► *Zurückgezogen:*

Das Bezirksamt hat seine Vorlage zur Beschlussfassung (Drs. 1265/IV) zurückgezogen, in der die Bezirksverordnetenversammlung aufgefordert worden war, einer Kündigung des Mietvertrages für die Seniorenfreizeitstätte in der Spandauer Straße 2 zuzustimmen. Das Anliegen hatte großen Protest der Seniorinnen und Senioren hervorgerufen und keine Zustimmung der Bezirksverordneten im Sozialausschuss erhalten. Auf Initiative der Seniorenvertretung konnte im Gespräch mit dem Geschäftsführer der WBM vereinbart werden, dass das Mietverhältnis zu den gleichen günstigen Konditionen um weitere zwei Jahre verlängert wird.

Vielen Dank und alles Gute!

Und noch etwas gibt es aus der März-BVV zu berichten. Es war die letzte Versammlung, an der Elke Reuter teilgenommen hat. Nach 14 Jahren verabschiedet sie sich in den verdienten „Ruhestand“. Die Linksfraktion schätzt sie als engagierte, erfahrene und einsatzbereite Genossin, die als Geschäftsführerin ganz wesentlich zur Arbeitsfähigkeit der Fraktion beigetragen hat. In der BVV trat sie als höchst kompetente Verordnete auf, die vor allem die Arbeit des Sozialausschusses wesentlich geprägt hat. Die Leser der „mittendrin“ kennen sie als eine genau beobachtende und zuverlässige Berichterstatteerin der BVV-Sitzungen. Für alles vielen Dank, liebe Elke.

Thilo Urchs

Guter Rat für Bürger!

Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE mit **Rechtsanwalt André Roesener:**

- **An jedem ersten Mittwoch des Monats** von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“** der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und
- **an jedem dritten Mittwoch des Monats** von 17 bis 19 Uhr im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

• Jeden Mittwoch im Monat

kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwälte **Karl Schwarz, Michael Groß und Herbert Butter** von 17.00 bis 19.00

(keine Anmeldung erforderlich) im

LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

Tempelhofer Feld

Ja zu Volkspark, bezahlbarem Wohnen und Partizipation

Die Fraktion DIE LINKE hat am 20. März im Abgeordnetenhaus ein eigenes Gesetz zum Tempelhofer Feld zur Abstimmung gestellt.

Wir wollen es als Begegnungsort und Erholungsort für alle erhalten und weiterentwickeln. Spuren der geschichtlichen Entwicklung des Geländes sollen bewahrt und sichtbar gemacht werden, Gedenk- und Erinnerungsorte mit Informationsangeboten entstehen. Wir wollen eine echte Bürgerbeteiligung, die es ermöglicht mitzubestimmen, ob bestimmte Flächen bebaut werden und wenn ja, was dort entsteht.

Unsere Fraktion hat sich klar positioniert: Verzicht auf Baufelder am Columbiadamm, am Südring und auf der Neuköllner Seite, Fokussierung einer möglichen baulichen Entwicklung auf bezahlbares Wohnen am Tempelhofer Damm. Dort soll auch die Ansiedlung der Zentral- und Landesbibliothek weiterhin möglich sein, zugleich sollen aber auch Alternativstandorte überprüft werden.

Berlin darf dieses wertvolle Areal, um das uns die Welt beneidet, nicht aus den Händen geben. Bleibt es beim Masterplan des Senats, wird fast ein Drittel des Tempelhofer Feldes privatisiert und bebaut. Die Fraktion DIE LINKE beantwortet die Frage des Eigentums an der gesamten Fläche dagegen mit „100% öffentlich“.

Die Politik des Senats, durch möglichst viele Grundstücksverkäufe die hohen Erschließungskosten für die Baufelder wieder einzuspielen, ist falsch. Das führt nicht nur zu teuren Wohnungen. Die Folge sind auch Aufwertung im Umfeld und zunehmende soziale Spannungen. Die Angst vor Verdrängung aus den angrenzenden

Kiezen ist daher berechtigt.

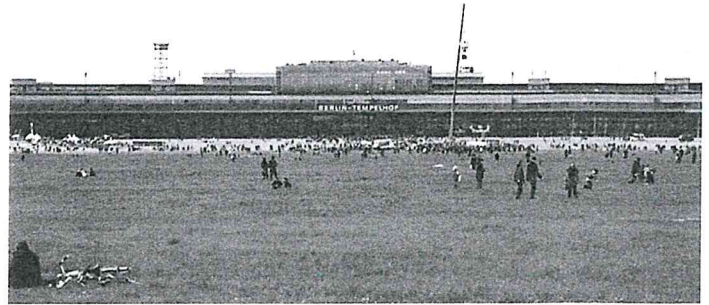
Das wichtigste Argument von Koalition und Senat gegen die Ziele der Initiative „100% Tempelhofer Feld“, die keine Bebauung auf dem Feld zulassen möchte, ist neuer bezahlbarer Wohnraum. Doch gerade dafür fehlen verbindliche Aussagen. Wir sagen: Am Tempelhofer Damm sollen städtische und genossenschaftliche Mietwohnungen entstehen, die für Haushalte mit geringen bis mittleren Einkommen bezahlbar sind, konkret unter sechs Euro kalt pro Quadratmeter.

Der Gesetzesvorschlag der Linksfraktion wurde am 20. März von SPD und CDU abgelehnt. Das Angebot der Opposition, eine Alternative zur Planung des Senats zu ermöglichen, hat die Koalition ausgeschlagen. Stattdessen wollte sie ihren Masterplan umsetzen und die Oppositionsfraktionen als Unterstützer dafür gewinnen. Das konnte nicht gut gehen.

Nun werden am 25. Mai der Gesetzesvorschlag der Volksinitiative „100% Tempelhofer Feld“ oder der Beschluss des Abgeordnetenhauses zur Abstimmung stehen. Hinter letzterem verbirgt sich der Senatsplan, denn nur SPD und CDU haben dem Beschluss zur Mehrheit verholfen.

Die Fraktion DIE LINKE steht mit ihren inhaltlichen Positionen der Initiative näher als den Senatsplänen. Über eine Abstimmungsempfehlung zum Volksentscheid wird der Landesparteitag der LINKEN am 5. April entscheiden.

Katrin Lompscher



Das Tempelhofer Feld muss in öffentlicher Hand bleiben

**Jan Korte stellt sein neues Buch vor:
„GEH DOCH RÜBER! Feinste Beobachtungen aus Ost und West“**

Als Linker, der aus dem Westen in den Osten ging, hatte Jan Korte allerlei zu lernen: Warum man im Osten sein Gegenüber mit Handschlag begrüßt – und im Westen besser darauf verzichtet. Dass der Bulli des Ostens B 1000 heißt und wie man die Herkunft eines Menschen an der Aussprache eines Vornamens erkennen kann.

Nach zwei Legislaturperioden im Bundestag weiß er, dass der Antikommunismus bizarre Blüten treibt und welche Gemeinsamkeiten es zwischen Hotelpools auf Mallorca und dem Plenum des Bundestages gibt. Herausgefunden hat er auch, dass eine Rothirschkuh namens Aurora ein Fall für den Verfassungsschutz ist. Und wenn ihm das alles zu viel wird, fährt er in seinen Wahlkreis und trinkt ein Kännchen Filterkaffee.

Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden

**jeden Mittwoch von 09.30 – 11.30 Uhr
und am ersten Montag von 16.30 bis 18.00 Uhr**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31,
10178 Berlin, Raum 114 statt.
Telefon. 901 82 45 65

Fortsetzung von Seite 1: **Berlin wird schlecht regiert**

in Gang bringen wollen. Migration und Zuwanderung sind für uns Normalität – die Stadt muss sich darauf einrichten. Wir wollen klein- und mittelständische Unternehmen mit nachhaltiger Produktion und guter Arbeit fördern, demokratische Teilhabe ausbauen, solidarische Ökonomie entwickeln. Berlin

hat als Stadt der Armut und der „verlängerten Werkbänke“ keine Chance. Als kulturell entwickelte, weltoffene Metropole, die niemanden zurücklässt, kann Berlin international beispielgebend werden. Dazu brauchen wir Kooperation zum beiderseitigen Vorteil mit unseren Nachbarn. Es ist wichtig, in die

städtischen Infrastrukturen zu investieren. Statt die alten Metropolenträume der 1990er Jahre wiederzubeleben, setzen wir LINKE auf eine nachhaltige, solidarische und ökologische Entwicklung unserer Stadt. Auf unserem Landesparteitag gehen wir dazu den nächsten Schritt.

Klaus Lederer

Menschen in Mitte

Prädestiniert für die Bühne

Annette Kraß vom Moabiter Theaterspektakel

Annette Kraß hat noch einen großen **Lebenstraum: ein eigenes Theater für eine Amateurschauspielertruppe, aber auch für Buchlesungen und Musikauftritte.**

Ein umfangreiches Rüstzeug dafür hat sich die 47jährige in den vergangenen elf Jahren angeeignet.

Eine Nachbarin hatte ihr 2003 erzählt, dass das „Moabiter Theaterspektakel“ talentierte Mitwirkende sucht. „Für das Schauspielern habe ich mich von klein auf interessiert“, gesteht die gebürtige Wilmersdorferin, die in Reinickendorf aufwuchs. Und so betrat sie von nun an die Bretter, die für sie die Welt bedeuten - als verwöhnte Tochter, hingebungsvolle Geliebte, schrulliges Frauenzimmer in den verschiedensten Rollen in bisher 13 klassischen und modernen Stücken berühmter Autoren wie William Shakespeare, Jean-Baptiste Molière, Johann Nestroy, Nikolai Gogol, Oscar Wilde, Neil Simon, Coline Serreau oder Agatha Christie.

Von Beruf ist Annette Kraß Lehrerin, arbeitet als freischaffende Redakteurin für Kultur und Reisen bei der Infoplattform Plusam Media Berlin. Ihre Mitstreiter sind Landschaftsplaner, Gerichtsangestellte, Referent, Erzieher, Mediendesigner und Bürokauffrau. Und ihr Ehemann, ein Softwareexperte, den sie schon seit ihrer Schulzeit kennt.

„In den ersten Jahren waren wir ein reines Improvisationstheater ohne feste Spielstätte, tingelten auf Straßen und Plätzen, einmal sogar vor dem Reichstag“, blickt die temperamentvolle Blondine zurück. „Seit 2004 haben wir im Moabiter Stadtschloss in der Rostocker Straße 32 einen kleinen Saal und nebenan eine Freilichtbühne. Großen Zuspruch finden wir aber auch in der Arminiusmarkthalle und im Moabiter Stadtgarten am alten Güterbahnhof.“

Schon laufen wieder die Proben für den Sommer

In der vergangenen Wintersaison wurde die Komödie „Bunbury oder Die Bedeutung, Ernst zu sein“ zu einem wahren Publikumserfolg, wie auch 2012 die

Broadwaykomödie „Gerüchte Gerüchte“ und der Krimiklassiker „Der unerwartete Gast“ 2013. Schon laufen wieder zwei- bis dreimal in der Woche abends die Proben für das Sommerspektakel. „Wir



Annette Kraß vom Moabiter Theaterspektakel

haben das Glück, bisher hervorragende Regisseure engagieren zu können, über drei Jahre Hans Otto Zimmermann vom Schillertheater, seit 2010 den erstklassigen internationalen Bühnenregisseur Poyraz Türkay“, schwärmt Annette Kraß. Das Amateurtheater finanziert sich seit sechs Jahren vom erschwinglichen Eintrittsgeld. Zuvor hatte das Quartiersmanagement Moabit-West die Kosten getragen. „Aber ohne die Unterstützung vieler Berliner und Einrichtungen könnten wir nicht bestehen.“

Diese wie viele andere Erfahrungen hat Annette Kraß in all den Jahren sammeln können, ist heute neben der Schauspielerei die Intendantin, Produktionsleiterin, Buchhalterin, Presse- und Öffentlichkeitschefin und obendrein auch noch die Vorsitzende des 2007 gegründeten gemeinnützigen Vereins des Theaters. Kann man sich eine prädestiniertere Inhaberin für die Realisierung ihres Traums vorstellen? Weitere Infos sowie Kartenreservierung über www.moabiter-theaterspektakel.de

Matthias Herold

Kurznachrichten

► **Einige sind eben immer gleicher als die anderen**

Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung DIW ist Vermögen in keinem anderen Land der EU ungleicher verteilt als in der BRD. Ein Prozent der Bevölkerung verfügt hier über mehr als 800.000 Euro Vermögen. 20 Prozent haben überhaupt keines. Sieben Prozent haben zwar Vermögen, aber zugleich Schulden, die das übersteigen. Im übrigen haben Männer „natürlich“ mehr Vermögen als Frauen. Und im Durchschnitt haben Ostdeutsche „natürlich“ nicht mal halb soviel wie Westdeutsche.

► **Berlin weiter Spitzenreiter beim Wirtschaftswachstum**

Bundesweit wird für 2014 mit einem Zuwachs von zwei Prozent gerechnet. Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) erwarten, dass Berlin ein etwas höheres Ergebnis erreichen wird, also weiterhin Spitzenreiter bleibt. Berlin wirke zunehmend auch als Lokomotive für Brandenburg. Gegenwärtig arbeiten rund 200.000 Pendler in Berlin. Das Berliner Bruttoinlandsprodukt liege allerdings zehn Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt, so die UVB.

► **Weniger Plastiktüten – aber immer noch zu viele**

Hierzulande werden jährlich sechs Milliarden Plastiktüten verbraucht. Immerhin - im Jahre 2000 waren es noch sieben Milliarden. Eine respektable Minderung. Vielleicht weil drei von vier Verbrauchern sagen, dass sie die Tüten mehrfach nutzen, zuletzt einfach als Müllbeutel. Der durchschnittliche jährliche Verbrauch in der EU liegt bei 198 Stück pro Kopf. Wir begnügen uns mit 76 Stück.

► **Müllberg mit Schwermetallen**

Der befindet sich im nichtöffentlichen Teil des Berliner Tierparks und enthält auch einen Anteil Schwermetalle. Beim Blei wird der von der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall benannte Grenzwert erreicht. Die Entsorgung wird eine teure Angelegenheit - rund eine halbe Million Euro.

Bei anderen gelesen

► Die Armen an den Stadtrand?

„Neue Lebensformen machen die Stadt attraktiver“ sagt Architektursoziologe Harald Bodenschatz von der TU Berlin. Für den sozialen Zusammenhalt Berlins wird es zum Problem, wenn sich die Schere zwischen arm und reich immer mehr öffnet und sie sich auch räumlich immer weiter entfernen. So lange die Armen noch in den Innenstädten präsent sind, gibt es wenigstens einen Diskurs über bessere Lebensverhältnisse für alle. Sind die Armen erst in die Außenbezirke vertrieben, interessieren sich selbst die oppositionellen Diskurse wenig für sie.

„taz“, 17.03.2014

► Von der Bundeswehr an den Stock gebracht

Vor fünf Jahren verletzte sich Andreas Felser im Dienst bei der Bundeswehr schwer. Heute lebt er von Hartz IV und kann nicht arbeiten. Die Truppe ließ ihn im Stich. Keine Rente, keine weitere Verwendung. Seit seiner Entlassung klagt er gegen den ehemaligen Dienstherrn.

„Die Zeit“, 18.03.2014

► Reiche und arme Zonen in Deutschland?

Finanzpolitisch zerfällt die Bundesrepublik in die vier Zonen der Jachkriegsjahre: die „reiche“ amerikanische, die „arme“ sowjetische, dazwischen die britische und die französische. Diese historisch bedingte Struktur zu verewigen, kann niemand wollen.

„FAZ“, 09.03.2014

► Akademischer Kapitalismus

Zwar herrschen im deutschen Hochschulsystem keine US-amerikanischen Zustände, doch die universitäre Lehre wird zwischen Spitzenforschung und Verwaltung zerrieben. Eine ungebremste Bereicherung der Hochschulen auf Kosten der Studierenden ist hierzulande nicht möglich. Bedenklich aber bleibt die Schiefelage der universitären Lehre, die in deutschen Landen zwischen den Mahlsteinen exzellenter Forschung und wachsendem Verwaltungsapparat zerrieben wird. „Der Freitag“, 22.03.2014

Mieterbeiräte bei der WBM wollen akzeptable Lösungen

Die Mieterbeiräte bei der WBM (Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH) stehen durch die gegenwärtigen Modernisierungsvorhaben und die Auswirkungen der jüngsten Mietrechtsreform vor neuen Anforderungen.

Der Mieterbeirat Spittelmarkt z. B. ist 2011 gegründet worden, da sich häufende Wasserrohrbrüche, Aufzugs- und Heizungsausfälle und andere Probleme sowie eine oft erst spät oder nach mehrfachem Nachfragen erfolgende Information für die Mieter zu einer starken Belastung wurden. Das führt besonders bei der laufenden Sanierung/Modernisierung und daraufhin zu erwartenden Mieterhöhungen für die Mieter zu beträchtlichen Einschränkungen.

Über die von der WBM angebotenen Mitwirkungsrechte wurde seither zwar Einiges erreicht. Beispiel ist das gemeinsam mit dem Vermieter erfolgte Vorziehen der dringend notwendigen Sanierung und der damit verbundenen Modernisierung. Leider lässt aber die offiziell erklärte

Bereitschaft der WBM zur Kooperation weiterhin zu wünschen übrig. Besonders gravierend sind die völlig unterschiedlichen Angaben der WBM einerseits und des Mieterbeirats Karl-Liebkecht-Straße/Memhardstraße andererseits zur Auswirkung der geplanten Modernisierungen auf die Mieten. Auch die eindeutige Klärung der materiellen Bedingungen für die Arbeit der Beiräte ist nach Jahren immer noch offen.

Diese Erfahrungen werfen grundsätzliche Fragen auf: Was unterscheidet ein kommunales Wohnungsunternehmen heute von einem privaten? Warum erklären Senat und Abgeordnete immer wieder die große Bedeutung der Mieterbeiräte und kommen doch zu keiner Lösung für deren fehlenden aber notwendigen rechtlichen Status?

Eine Initiativgruppe mehrerer Beiräte und die WBM sind in einen Dialog getreten. Die Mieter hoffen, dass durch diesen Dialog die für alle Beteiligten notwendigen und akzeptablen Lösungen und Veränderungen in der Zusammenarbeit bald erreicht werden.

Rainer Scholz

Unterstützer für Schul-„Mappies“ gesucht

Es ist wieder so weit! Ab 5. Mai 2014 können sich ABC-Schützen in Not in unseren Mappi-Stationen in

Hohenschönhausen, Grevesmühlener Straße 22, 13059 Berlin, Tel: 0163 8279672 oder

Moabit, Erasmusstraße 2, 10553 Berlin, Tel: 030 28836642 oder

Prenzlauer Berg, Storkower Straße 158, 10407 Berlin, Tel: 030 28836642 oder

Wedding, Wollankstraße 59, 13359 Berlin, Tel: 030 35123910

für den Erhalt eines Schulranzens melden.
Bitte nur in einer Station anmelden!

Zur Anmeldung bitte Ausweispapiere, Schulbescheinigung, Alg II- oder Sozialbescheid und 10,- Euro Schutzgebühr mitbringen.

Wichtig: Aus logistischen Gründen bitte unbedingt an die Ausgabetermine für den Ranzen halten.

**Unsere Mappi-Stationen brauchen Unterstützung!
Kinder sind unsere Zukunft – Handeln anstatt reden!**

Horst Schmiele

Schaut auf den nachfolgenden Link: <http://www.betterplace.org/de/projects/14798-unterstutzen-sie-die-zukunft-von-berliner-kindern>



Berlin wächst – wo sollen die Armen wohnen?

In den nächsten 16 Jahren wird Berlin um 250.000 Einwohner wachsen

Allein dafür fehlen 130.000 Wohnungen. Durch Luxussanierung und Zweckentfremdung wächst die Wohnungsnot weiter. Vor allem untere, aber auch mittlere Einkommensschichten können sich immer seltener die steigenden Mieten leisten. Die Lösung dafür kann nur eine Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus sein.

Dieser muss aber umgedacht werden. Der alte soziale Wohnungsbau ist gescheitert. Es befinden sich nur 15 Prozent der Wohnungen in städtischer oder kommunaler Hand. Die Art der bisherigen Förderung war kurzsichtig. Die soziale Wohnungsnot wurde verwaltet, anstatt die Probleme zu lösen. Man hat privaten Bauherren Geld gegeben, damit sie günstige Wohnungen bauten. Nach Ablauf der Förderfristen fiel die Mietbindung, die Stadt hat keine Kontrolle über den Preis der Wohnung mehr. Die

Mieten steigen und das ganze investierte Geld (mehr als 200.000 Euro pro Wohnung für eine in Westberlin durch den sozialen Wohnungsbau geförderte Wohnung) hat keinen Effekt mehr.

Ein neuer sozialer Wohnungsbau muss langfristig für günstigen Wohnraum sorgen. Es darf keine Subjektförderung mehr geben, bei der man Geringverdienern oder Empfängern von Transferleistungen die zu hohen Mieten privater Hausbesitzer bezahlt, sondern eine Objektförderung. Die Stadt Berlin muss Wohnungen zurück in die Hand der Kommunen bringen oder durch städtische Wohnungsbaugesellschaften bewirtschaften lassen und nicht dem freien Markt aussetzen, der in einer wachsenden Stadt nur eine Preisrichtung kennt: Nach oben.

Leider scheint Neubau in Berlin – um für die wachsende Bevölkerung Platz zu schaffen – zu teuer für sozialen Wohnungsbau zu



sein. Es ist für die Stadt wesentlich günstiger, bestehende Wohnungen aufzukaufen und zu günstigen Konditionen zu vermieten, als neu zu bauen. Das heißt die soziale Wohnungsnot muss im Bestand gelöst werden.

Wir kämpfen für einen sozialen, gerechten und langfristig sinnvollen sozialen Wohnungsbau, denn ein Umdenken muss stattfinden, sonst wird sich die soziale Wohnungsnotlage nur noch weiter verschärfen.

Carola Bluhm

Keine WirtschaftsNATO

Nur Europaparlament kann Freihandelsabkommen stoppen!

Immmer wieder sind Berichte über die europäisch-amerikanischen Verhandlungen zum größten Freihandelsabkommen (TTIP) aller Zeiten zu lesen. Dieses Abkommen soll Handelshemmnisse für alle Wirtschaftssektoren beseitigen.

Die Unruhe in der Öffentlichkeit entsteht völlig zu Recht: seit Juli 2013 verhandeln Europäer und Amerikaner hinter verschlossenen Türen, ohne Kontrolle durch die Öffentlichkeit, und es geht eben nicht nur darum, Zölle zu senken und technische Standards anzupassen, sondern es sollen in allen Bereichen „regulatorische Hindernisse“ abgebaut werden. Das heißt, soziale Standards, Arbeitnehmerrechte, Umweltauflagen, Datenschutzregeln etc. können gesenkt bzw. abgeschafft werden. Das soll auch zukünftige Regelungen betreffen – Industrielobbyisten auf beiden Seiten des Atlantik würden dann gemeinsam Gesetze schreiben, bevor das Europaparlament diese überhaupt zu Gesicht bekommt. Ein Angriff auf unsere Demokratie!

Karel de Gucht, der Handelskommissar der EU, verspricht, dass hunderttausende zusätzliche Jobs entstehen – allein für Deutschland kursieren Zahlen von ca. 160.000 neuen Arbeitsplätzen. Nach Aussagen von Ökonomen sind solche Zahlen reine Spekulationen und sogar der Hauptautor sämtlicher deutscher Studien, Gabriel Felbermayr vom wirtschaftsnahen ifo-Institut, hält die Arbeitsplatz-Effekte des Freihandelsabkommens für gering.

Hinzu kommt, dass ein sogenanntes Investor-Staat-Schiedsverfahren durch das TTIP eingeführt werden soll: Investoren können dann Staaten aufgrund entgangener Profite verklagen. Jede Politik, die den Schutz von Menschen und Umwelt zum Ziel hat, wäre gefährdet.

Ist dieses Abkommen erst einmal unterzeichnet, lässt es sich kaum noch kündigen: denn alle Mitgliedstaaten der EU und die USA müssten einer Änderung zustimmen – eine schier unüberwindbare Schwelle.



Widerstand gegen das Freihandelsabkommen TTIP

Aber noch ist nichts zu spät: dem EU-USA-Freihandelsabkommen muss das Europäische Parlament zustimmen! Und je größer die linke Fraktion, desto größer unsere Chance, dieses Abkommen zu stoppen!

Manuela Kropp (Basisgruppe Brüssel)

Das ist das Letzte

Obwohl es der Dauer einer Silberhochzeit gleicht, seit die SPD am Tisch des Berliner Senates sitzt, hört man nur gedämpfte Trompeten vom Rathaus. In den Straßen und Amtsstuben der Hauptstadt wabert der Mief von Pleiten, Pech und Pannen und von einer bürgerfernen Konzeptionslosigkeit. Die große Koalition backt kleine Brötchen und klopft sich selber auf die Schulter. Jeder Einspruch muss erkämpft werden. Die SPD hat ihre dem Gemeinwohl verpflichtete Kommunalpolitik auf dem Altar der Superreichen geopfert. Der prinzipienlose Wechsel der Regierungspartner hat viele faule Kompromisse geboren. Nun wird gar von Wutbürgern die Abwahl Wowereits angestrebt.

Aber für eine Generaldebatte aller Bezirksorgane fehlt ein geeigneter Saal. Die „Blechbüchse“ am Funkturm ist verrottet und soll mit 400 Millionen Euro gerettet werden. Der „Palast der Republik“ wurde in einem blinden Racheakt abgerissen, statt für 300 Millionen saniert. Der Ausbau von Schönefeld wurde jahrelang von Tegel und Tempelhof blockiert und nun von Seiltänzern sabotiert. Die Kanzler-U-Bahn war wichtiger und teurer als sichere Radwege und bezahlbare Tickets. Die Innenstadt wird zur Schlafstadt mit immer mehr Bürotiteln und Luxus-Quartieren für pendelnde Manager. Die großen und kleinen Kulturstätten zittern um 's Überleben. Der Fußballclub ... Gott schütze die Hertha!

Die Stadtregierung wurde zum Hausmeister des Kanzleramtes. Und das Kanzleramt tut wenig, um Berlin zur Drehscheibe des Ost-West-Austausches zu machen. Die Regierenden als Sachwalter der Hochfinanz, der USA, NATO und EU verkünden in altdeutscher Tradition wieder Forderungen und Drohungen an die Nachbarn und nach Moskau. Der Ruf „Ich bin ein Berliner!“ klingt ziemlich heiser. Da hilft kein Kräutertee, aber manches aus dem Programm der LINKEN!

Arthur Paul

Die Mittendrin jetzt auch
Online erleben:

- ▶ www.die-linke-mittendrin.de
und auf Facebook unter
- ▶ www.facebook.com/linke.md

Bürgerinitiative fordert „offenes Schloss“

Unter dem Motto „Ein offenes Schloss für eine weltoffene Stadt“ ist seit Februar eine Bürgerinitiative aktiv.

Ihr Anliegen: Das im Zentrum der Stadt wieder entstehende Berliner Schloss soll ein offenes lebendiges Gebäude werden, das sich in das vorgegebene Umfeld einfügt. Dazu sagt Schauspieler Matthias Dittmer, einer der Mitbegründer der Initiative: „Wir fordern, dass die Ostfassade offen gestaltet wird. Statt der vorgesehenen Betonfront soll sich das Schloss an dieser Stelle nach Osten zum Alexanderplatz öffnen und so den modernen Bereich um den Fernsehturm mit dem historischen Zentrum Unter den Linden verbinden. Ein abgeschottetes Gebäude, wie es jetzt entsteht, passt zu den Hohenzollern, aber nicht zu einer demokratischen Gesellschaft.“

Der Kampf für ein offenes Schloss beinhaltet ebenso die künftige Nutzung. Deshalb will die Bürgerinitiative ihre Aktivitäten bis zur geplanten Schlosseröffnung 2019 fortsetzen. „Die Idee des Humboldt-Forums als Zentrum des internationalen Kulturaustausches“, so Matthias Dittmer, „muss auch die Berliner Bürger einschließen und ihnen Raum im Schloss bieten. Das Humboldt-Forum darf kein Event-Center für Gutverdiener werden.“ Deshalb fordert die Initiative, dass die Berliner an der Erarbeitung des endgültigen Nutzungskonzepts beteiligt werden. In Korrespondenz zu den außereuropäischen Kulturen sollten auch Berliner kulturelle



Steinfassaden für das Humboldtforum

Initiativen im Schloss Platz finden und diese Räume frei zugänglich sein.

Die Mitglieder der Bürgerinitiative sind sehr engagiert, obwohl der Start nicht einfach war, sie nur über begrenzte finanzielle Mittel verfügen und immer wieder mal auf „Ist-sowieso-zu-spät“-Meinungen treffen. Innerhalb von sechs Monaten wollen sie 20.000 Unterschriften sammeln, um die Voraussetzung für eine Debatte im Abgeordnetenhaus zu schaffen. Geplant ist auch eine Internet-Petition, gerichtet an den Bundestagsausschuss Kultur und Medien, um bundesweit Unterstützung zu finden.

Interessenten können weitere Informationen unter www.offenes-schloss.de erhalten. Unterschriftenlisten liegen auch im Karl-Liebknecht-Haus aus (Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin).

Eva Neumann

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:

R. Metzler/Druckerei Bunter Hund, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 25.03.2014

Ausgabetag für Nr. 5/2014 - 29.04.2014

Wir gratulieren im April zum Geburtstag!

- Zum 93. Werner Wolf
- zum 90. Ernst Haak
- zum 89. Elise Esterle, Horst Heß
- zum 88. Annemarie Branstner
- zum 87. Hilde Hartitz, Ruth Wenk
- zum 86. Werner Lemm, Irmgard Lingott
Siegfried Zachmann
- zum 85. Eva Tägtmeyer
- zum 84. Erwin Gürnth, Steffi Schuster
- zum 83. Werner Fydika
- zum 82. Hildegard Kiermeier, Brigitte Rohland
- zum 81. Klaus Degen, Helmut Hartmann,
Egon Knoll, Hannelore Schmidt
- zum 80. Edeltraut Aurich, Eva Barth,
Friedhold Bauer, Horst Giese